

daher zu hoffen, daß der bisher an den Tag gelegte Elan bei der Renaissance der Oberpfälzer Mundartdichtung, die inzwischen auch außerhalb unseres Regierungsbezirkes Beachtung findet, nicht nach kurzer Zeit erlahmt.

Neuerdings erschienene Sammlungen Neuerer Oberpfälzer Mundartdichtung:

1. Maria Schwägerl: Dalust und daspächt, 2. Auflage (Hg. Adolf J. Eichenseer), Verlag B. Leingärtner, Nabburg/Neusath 1975.
2. Josef Berlinger: Wohnzimma-Gflimma, Friedl Brehm Verlag, Feldafing 1976.
3. Margret Hölle: A weng wos is aa vüi, Pinsker Verlag, Mainburg 1976.
4. Felix Hoerbürger: Schnubiglbairisch, Friedl Brehm Verlag, Feldafing 1976.
5. Felix Hoerbürger: Neueste Nachrichten aus der schnubiglbairischen Provinz, Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 1977.
6. Adolf J. Eichenseer: Zammglaabt — Oberpfälzer Mundartdichtung heute, Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 1977.
7. Ursula und Günther Kapfhammer: Oberpfälzisches Lesebuch — Vom Barock bis zur Gegenwart, Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 1977.
8. Eugen Oker: So wos schüins mou ma soucha, Verlag J. P. Peter/Gebr. Holstein Rothenburg ob der Tauber 1977.

INDUSTRIALISIERUNG LÄNDLICH GEPRÄGTER RÄUME

Von Thomas Brennauer

So reich der „Nordgau“ an Geschichte, Tradition, Kultur, reizvollen Landschaften, Sehenswürdigkeiten und auch interessanten Menschen ist, so reich ist er leider an Problemen, auch in der Gegenwart. Indikatoren wie das Bruttoinlandsprodukt, die Wanderungsbilanz, das Steueraufkommen, die Arbeitslosen- und Kurzarbeiterquoten zeigen, daß man von den „gleichwertigen Arbeits- und Lebensverhältnissen“, wie sie nach dem Gesetz für alle Landesteile gefordert werden, weit entfernt und deswegen zurecht als „Problemgebiet“ eingestuft ist.

Auffällig ist, daß die meisten ländlichen Räume — also Räume mit verhältnismäßig dünner Besiedelung, in denen die Landwirtschaft eine überdurchschnittliche Rolle spielt — mit ähnlichen Entwicklungen zu tun haben, dieses Schicksal mit dem Nordgau teilen; sicher ein erster Hinweis, wo die Ursachen zu suchen sind.

Im Vordergrund der Vorschläge, wie man dem Entwicklungsrückstand zu Leibe rücken könnte, steht die Industrialisierung — eine Zielsetzung, die, stellt man die Wünsche und Erwartungen der Menschen in dem betref-

fenen Gebiet an den Anfang aller Überlegungen, vermutlich schnell als „richtig“ abgehakt werden kann. Gerade in der Industrie gibt es ein weitgefächertes Angebot an qualifizierten, auch sicheren, vor allem aber gut bezahlten Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

Dazu kommt, daß viele Dienstleistungen der Industrie folgen: Speditionen und Großhandlungen etwa, die die Verteilung der Industriegüter besorgen, oder Banken, die sich davon zusätzliche Kreditgeschäfte versprechen. Dieser Mitzieheffekt hat dazu geführt, daß industrielle Zentren in aller Regel zugleich Standorte mit überdurchschnittlicher Ausstattung an Dienstleistungen aller Art sind.

Auch von daher ist die Zielsetzung „Industrie aufs Land“ mehr oder weniger unstrittig, auch wenn sich zugegebenermaßen mit dem Begriff „Industrialisierung“ nicht nur positive Assoziationen verbinden. Kaum jemand denkt heute übrigens noch daran, daß durch „Industrialisierung“ *allein* das vielschichtige und komplexe Problem der zurückgebliebenen Gebiete gelöst werden könnte; insbesondere sind auch Arbeitsplätze des öffentlichen Sektors in angemessenem Umfange hierfür unerlässlich.

Aber bleiben wir beim Industrialisierungsziel: Für die weiteren Überlegungen ist entscheidend, wie das gesetzte Ziel mit der Realität zusammenpaßt, und noch entscheidender ist die Frage nach dem „Wie“. Tatsache ist, daß die vielfältigen Bemühungen, mehr Industrie aufs flache Land zu bringen, bis jetzt, wenn auch nicht erfolglos, so doch weit weniger erfolgreich als erhofft waren. Daß dies in *naher* Zukunft anders sein könnte, ist nach allem, was wir wissen, nicht anzunehmen; jedenfalls gibt die gegenwärtige konjunkturelle und strukturelle Situation unserer Volkswirtschaft keinen guten Nährboden für hochgesteckte Erwartungen ab.

Zudem gilt als sicher, daß — zumindest an der Zahl der Beschäftigten gemessen — die Bedeutung des industriellen Sektors eher ab- als zunimmt mit der wahrscheinlichsten Folge, daß der „Kampf um Industrie“ verstärkt geführt werden wird. Vor diesem Hintergrund müssen die Aktivposten gesehen werden, die für eine Industrialisierung „draußen“ an der Peripherie sprechen, aber genauso die Hemmnisse, die sie möglicherweise verhindern.

Als Ansiedlungsmagneten wirkten in Boomjahren z. B. das reichlich vorhandene Arbeitspotential und das Lohngefälle. Jetzt und vermutlich auf absehbare Zeit gibt es aber Arbeitskräfte überall, und das Lohngefälle ist längst eingeebnet. Es ist kein Zufall, daß Experten die regionale Lohn-differenzierung wieder aufleben lassen wollen, um die Arbeitsmarktsituation „strukturellschwacher Regionen“ zu verbessern. Nebenbei bemerkt muß das für die Arbeitnehmer nicht unbedingt niedrigere (Netto-)Löhne bedeuten. So könnten die Lohnkosten auch durch niedrigere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung oder durch Zuschüsse für Produktionsstätten, die Beschäftigte bzw. Arbeitslose aus bedrängten Wirtschaftszweigen übernehmen, erreicht werden.

Doch kehren wir wieder zu den Aktivposten zurück: Andere Vorteile gewinnen langsam, aber unübersehbar an Gewicht, sie werden uns in Zeiten der Rohstoffknappheit und -verteuerung immer bewußter. Ton, Kaolin, Feld- und Flußspat, Quarz, Kies, Kalk, Granit u. a. gibt es hier noch reichlich, und auch mit dem, was die Natur über der Erde hervorbringt, ist es im Nordgau nicht schlecht bestellt.

Es kommt nicht von ungefähr, daß gerade Industriezweige, die mit dem Boden regelrecht verwachsen sind (Steine und Erden, Glas- und Porzellanindustrie, Sägewerke, Holzbe- und -verarbeitende Industrie, Nahrungs- und Genußmittelindustrie), sich auch in der Rezession erstaunlich gut behauptet haben. Darüber hinaus können wir reichlich Grund und Boden bieten; ein weiterer „Platzvorteil“ ergibt sich daraus, daß zwangsläufig in dünn besiedelten Räumen Umweltschutzauflagen leichter als anderswo erfüllt werden können.

Auch der Freizeitwert kann sich, wie uns von Gästen immer wieder bestätigt wird, durchaus sehen lassen, und zweifellos gibt es im Nordgau viel an Lebensqualität, die man sich woanders nicht kaufen kann. Belastet wird die Ansiedlungswaage nach wie vor durch die abseitige Standortlage, die vergleichsweise unbefriedigende Ausstattung mit modernen Verkehrswegen und die daraus resultierenden Kosten. Daß wir aufholen, ist keine Frage; Energieprobleme, früher noch mit dem Schlagwort der „Revierferne“ umschrieben, sind keine Versorgungsfrage mehr, allerdings noch eine Preisfrage, und auf dem Sektor Verkehr sind der Rhein-Main-Donau-Kanal und die Autobahn Regensburg — Weiden — Hof nur zwei, allerdings sehr augenfällige Beispiele, die dies beweisen.

Entscheidend, gewiß mehr als das Tüpfelchen auf dem i, wird sein, wie ernst „Vater Staat“ die Zielsetzung „Industrialisierung“ verfolgt. Hier ist einige Skepsis angebracht. Das fängt damit an, daß zu wenig differenziert und daß quasi quer übers ganze Land gefördert wird (z. Z. ist mehr als 60 Prozent des bundesdeutschen Gebietes als strukturschwach und damit als förderungswürdig ausgewiesen) und hört bei der Frage nach dem politischen Stellenwert der regionalen Strukturpolitik beileibe noch nicht auf.

Im Jahre 1978 sind für die „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ im Bundeshaushalt 410 Mill. DM (= ca. 0,2 Prozent der Ausgaben des Bundes) eingeplant, dagegen allein für die finanzielle Förderung des Steinkohlenbergbaus 1,4 Milliarden DM. Oder ein anderes Beispiel: Allein für den laufenden Betrieb des Münchner Verkehrsverbundes werden jährlich über 300 Mill. DM bereitgestellt.

Nimmt man die Behördenstandortpolitik, die Vergabepolitik öffentlicher Aufträge, die Verkehrspolitik, die raumwirksamen Investitionen der Bahn, der Post, die Unterstützung von Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen usw. hinzu, dann braucht man sich nicht mehr zu wundern, wenn Erfolge bei der Industrialisierung ländlicher Räume nicht recht befriedigen. Die

Ballungsgebiete erhalten nicht nur absolut einen größeren Anteil der öffentlichen Mittel, sie erhalten auch mehr als ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht. Diese aus regionaler Sicht unausgewogene Praxis bei den Staatsausgaben ist eine der Hauptursachen für die Überattraktivität der Ballungszentren.

Auch in der bisherigen Förderpraxis lief einiges schief. Quantität mußte oft vor Qualität gehen, weil es eine Alternative dazu meist nicht gab. Oft waren es Zweigbetriebe, die sich in der Oberpfalz ansiedelten, die die Verwaltungen — von der EDV bis hin zur Forschungsabteilung — zu Hause ließen und in Rezessionen oder als Folge des verschärften Wettbewerbs als erste wackeln. Spätestens hier wird eine andere Überlegung geradezu provoziert. Es ist unerlässlich, vor allem das bei uns vorhandene unternehmerische Potential auszuschöpfen, etwa über eine positive Bestandspflege der schon vorhandenen Industriebetriebe, die zur Erweiterung ermuntert werden sollen, oder dadurch, daß unternehmerisches Interesse überhaupt geweckt wird. So wären besondere steuerliche Anreize denkbar, z. B. eine Stundung bei der Einkommensteuer, oder Kredite, die erst nach fünf tilgungsfreien Jahren rückzahlbar sind.

Die Realität zwingt, noch eine weitere Einfügung zu machen. Die Forderung „Industrie aufs Land“ heißt nicht, in jeder Gemeinde eine Fabrik zu errichten, sondern kann nur heißen, sich auf einige Schwerpunkte, zu konzentrieren, wobei die Frage der Häufigkeit der Schwerpunkte vor allem im politischen Raum, sehr umstritten ist. Hier und dort läßt die niedrige Bevölkerungsdichte eine Industrialisierung schon jetzt nicht mehr zu, und deswegen ist die Abwanderung ein Symptom, das uns größte Sorge bereitet, weil dadurch die Tragfähigkeit des Raumes weiter vermindert wird.

Für die Konzentration auf wenige zentrale Orte spricht vor allem, daß nur so eine Infrastrukturausstattung erreicht werden kann, die der in Verdichtungsräumen annähernd gleichkommt; um so wahrscheinlicher sind dann auch eine ausgewogene Branchenstruktur und das Erreichen einer optimalen Betriebsgröße, die nicht durch eine Monostruktur „erkauft“ werden muß. Nur in wenigen Schwerpunkten wird das „Industrieklima“ entstehen können, das die Industrie dauerhaft an ihrem Standort festhält. Für die Gemeinden, die dies nicht schaffen können, muß das beileibe nicht das „Aus“ bedeuten. Vielmehr kann man sich recht gut eine Arbeitsteilung, hier Wohnen, Freizeit und Erholung (der Fremdenverkehr wird ohnehin als die „Industrie der Zukunft“ bezeichnet) und dort eben Industrie, mit allem was dazu gehört, vorstellen.

Für den Nordgau bin ich nicht skeptisch, Geschichte läßt sich manchmal Zeit. Der Abstieg vom „Ruhrgebiet des Mittelalters“ zum Problemgebiet vollzog sich nicht über Nacht, ebensowenig werden wir damit rechnen können, daß „gleichwertige Arbeits- und Lebensverhältnisse“ in allen Landesteilen gewissermaßen im Handumdrehen erreicht werden können.